

## Kapitel 4

## **Daseinsvorsorge: Schlüssel für gleichwertige Lebensverhältnisse?**

Peter Dehne

1	Daseinsvorsorge: Begriff und Bedeutung	68
2	Alterung als zentrale Herausforderung für die Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen	69
3	Gehen, Kommen, Bleiben – Wanderungsverhalten und Wanderungsmotive	72
4	Räumliche Uneindeutigkeiten	74
5	Vielfalt und Komplexität in der Daseinsvorsorge	75
6	Kommunale Verantwortung, Ermöglichung und Differenzierung	78
7	Perspektivenwechsel in der Regionalpolitik	80
	Zusammenfassung	81
	Literatur	82

Eine frühere Fassung dieses Beitrags wurde bereits in der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ veröffentlicht: Dehne, Peter, 2019, Perspektivwechsel in der Regionalpolitik: Daseinsvorsorge als gesellschaftliche Aufgabe, in: Wirtschaftsdienst, 99. Jg., Nr. 13, Sonderheft, S. 56–64.

# 1 Daseinsvorsorge: Begriff und Bedeutung

Daseinsvorsorge gilt in Deutschland als eine wichtige Grundlage für gleichwertige Lebensverhältnisse. „Sie prägt die Lebenswirklichkeit und -qualität der Menschen vor Ort wesentlich“ (BBSR, 2017, 6). Auch die Enquetekommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ des Bayerischen Landtages sieht in einer staatlich garantierten raumbezogenen Grundsicherung im Sinne einer grundlegenden Ausstattung und Erreichbarkeit von Einrichtungen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge eine wesentliche Voraussetzung für räumliche Gerechtigkeit (Koppers et al., 2018). Der Blick in den Regionen auf die demografische Situation und die Gestaltbarkeit der Daseinsvorsorge zeigt jedoch Vielfalt, Uneindeutigkeit und Unübersichtlichkeit. Sicher scheint hingegen die besondere Verantwortung der Kommunen.

Noch Anfang der 1990er Jahre war der Begriff der Daseinsvorsorge in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Erst mit der öffentlichen Diskussion um den demografischen Wandel und seine Folgen für die regionalen Lebensverhältnisse wurde die gesellschaftliche Relevanz von technischer und sozialer Versorgung deutlicher. Spätestens mit den Äußerungen des damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler in einem Focus-Interview im September 2004 zu den großen Unterschieden in den Lebensverhältnissen (Köhler, 2004), die sich nicht ohne ungleiche Schuldenlast ausgleichen ließen, war die Debatte in der breiten Öffentlichkeit angekommen. Daseinsvorsorge wird seitdem eng mit den demografischen Veränderungen in Deutschland und der Spreizung in Wachstums- und Schrumpfungregionen verbunden. Sie wird vielfach als Schlüssel für die Entwicklung oder Stabilisierung strukturschwacher ländlicher Regionen angesehen.

Ganz allgemein umfasst Daseinsvorsorge die öffentlichen Güter und Dienstleistungen, die dem Gemeinwohl und der Lebensentfaltung der Menschen dienen. Dazu zählen etwa die Versorgung mit Wasser und Elektrizität, die Abwasser- und Abfallentsorgung oder auch soziale Dienste in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung. Bereits im 19. Jahrhundert dienten die öffentlichen Dienstleistungen der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion (Ambrosius, 2008).

Ein differenziertes Konzept fehlt allerdings genauso wie eine eindeutige Zuordnung von konkreten Diensten und Leistungen zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Gesetzgebung beschränkt sich in bundes- und landesrechtlichen Regelungen oft auf die Feststellung, dass eine Aufgabe zur Daseinsvorsorge gehört. Vieles – wie zum Beispiel Schulversorgung, Kinderbetreuung, Pflegeversorgung oder Brandschutz – ist spezialgesetzlich geregelt. Der Begriff der Daseinsvorsorge bleibt unscharf und vieldeutig, mit den damit verbundenen Stärken und Schwächen.

Am deutlichsten beziehen noch die Raumordnung und das Raumordnungsgesetz (ROG) Stellung. Aus Sicht der räumlichen Planung ist Daseinsvorsorge die flächendeckende

Versorgung mit vom Gesetzgeber als lebensnotwendig eingestuftem Gütern und Dienstleistungen zu sozial verträglichen Preisen und mit angemessener Erreichbarkeit (Einig, 2008; BBSR, 2012). Das ROG fordert entsprechend, die Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge und deren Erreichbarkeit für alle Bevölkerungsgruppen in den Teilräumen in angemessener Weise zu gewährleisten (§ 2 Abs. 2 Nr. 3 ROG). Damit soll die Chancengerechtigkeit vor allem in dünn besiedelten Räumen gesichert werden. Es geht also um räumliche Gerechtigkeit unter dem Leitbild der „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 ROG). Damit wird impliziert, dass durch die Sicherung einer Grundausstattung an Daseinsvorsorge der räumliche Zusammenhalt und die Teilhabechancen des Einzelnen gewährleistet und im besten Fall weitere Entleerungs- und Peripherisierungsprozesse gestoppt werden können.

Im Prinzip kommt der Daseinsvorsorge damit eine doppelte strategische Bedeutung zu: Zum einen bestimmt sie für den Einzelnen ganz wesentlich die Rahmenbedingungen zum Leben, seine Chancen zur Selbstverwirklichung und seine Lebensqualität. Zum anderen beeinflusst die Qualität der Daseinsvorsorge ebenso wesentlich die Standortqualität und damit die Zukunftschancen eines Ortes oder einer Region. Verlieren die Angebote und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ihre Tragfähigkeit und werden brüchig, kann dies Peripherisierungsprozesse verstärken und die Lebensbedingungen verschlechtern. Betroffen sind dann vor allem die Bevölkerungsgruppen, die aufgrund ihrer gesundheitlichen und sozialen Lebenslage diese Einschränkungen nur bedingt kompensieren können. Gern wurde und wird in diesem Zusammenhang das Bild von sich entleerenden Regionen in der Abwärtsspirale bemüht, die gesellschaftlich und ökonomisch marginalisiert und abgekoppelt sind. Aber: Ist das tatsächlich so? Verlassen weiterhin viele Menschen die ländlichen Räume, weil sie keine Arbeit finden und die Versorgungslage schlecht ist?

Bevor wir uns weiter mit der Ausgestaltung und den Trägern der Daseinsvorsorge beschäftigen (Kapitel 4.5), soll zunächst geklärt werden, wie der Zusammenhang zwischen Demografie, Daseinsvorsorge, Entwicklungschancen und dem subjektiven Lebensgefühl vor allem in ländlichen Regionen tatsächlich ist. Zentral sind dafür ein Blick auf die Demografie (Kapitel 4.2), das Wanderungsverhalten der Menschen sowie deren Motive für das Bleiben, Gehen und (Wieder-)Kommen (Kapitel 4.3) und auf die Unterschiede zwischen und innerhalb von Regionen (Kapitel 4.4).

## **2 Alterung als zentrale Herausforderung für die Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen**

Grundsätzlich ist die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland trotz aller Schwankungen relativ stabil. Bestimmt wird die demografische Situation weiterhin von der Verschiebung

der Altersstruktur mit deutlich weniger jungen Menschen und einer Zunahme von über 65-Jährigen und Hochaltrigen. Diese Entwicklung wird mit dem Übergang der Babyboomer in die Nacherwerbsphase beschleunigt: Bis 2035 wird mit einer Zunahme der Hochbetagten um über 60 Prozent gerechnet (BBSR, 2015).

Allein aufgrund von altersstrukturellen Effekten bei den Frauen wird die Zahl der Geburten bis 2035 weiter deutlich abnehmen und der Sterbeüberschuss sich verdoppeln (BBSR, 2015). Der Anteil jüngerer Altersgruppen sinkt, der Anteil der Älteren steigt und damit auch das Durchschnittsalter. Diese „innere Dynamik“ (BBSR, 2015, 9) – oder besser: innere Statik – dominiert die Bevölkerungsentwicklung auch in Zukunft. Sie wird zwar durch internationale Wanderungen und Binnenwanderungen überlagert, modifiziert und regional ausdifferenziert. Allerdings ist nicht damit zu rechnen, dass der negative natürliche Bevölkerungssaldo in Deutschland auf lange Sicht durch Zuwanderungen kompensiert werden kann. Laut Raumordnungsprognose 2035 des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) wären dafür jedes Jahr circa 400.000 Zuwanderungen nach Deutschland erforderlich.

Zu- und Abwanderung haben somit zentrale Bedeutung für die Zukunft der Regionen. Sie können einerseits als Indikator für die Attraktivität von Orten und Regionen angesehen werden. Andererseits verstärken, kompensieren oder mindern Zu- und Abwanderung die Alterung, Dynamik oder Internationalisierung der Bevölkerungsentwicklung in Teilregionen. Vor allem die Binnenwanderungen über Gemeinde- und Kreisgrenzen formen so das Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Orten und Regionen aus.

Die demografische Ausgangslage unterscheidet sich sowohl zwischen Ost- und Westdeutschland als auch zwischen ländlichen Räumen und größeren Städten. In den ostdeutschen Bundesländern werden flächendeckend noch auf lange Sicht die extrem geringen Geburtenraten und die starken Abwanderungen der jungen Jahrgänge aus den 1990er Jahren die demografische Entwicklung bestimmen. Ostdeutsche Regionen haben schon heute einen höheren Altersdurchschnitt als westdeutsche Regionen (BIB, 2018). Sie werden bis 2035 deutlich mehr Bevölkerung insgesamt als auch Personen im erwerbsfähigen Alter verlieren (BBSR, 2015) sowie mehr Hochaltrige haben. Ähnliche Unterschiede gibt es sowohl im Osten als auch im Westen zwischen ländlichen Räumen und städtischen Zentren, allerdings differenziert nach siedlungsstruktureller Lage und Wirtschaftsstruktur. Das bedeutet aber auch, dass sich in ostdeutschen ländlichen Regionen die genannten demografischen Ausprägungen überlagern und verstärken. Die Verschiebung der Altersstruktur aus der unmittelbaren Nachwendezeit wird noch Jahrzehnte die demografische Entwicklung im Osten bestimmen und von jener im Westen unterscheiden.

Dieses Grundrauschen der demografischen Entwicklung enthält drei Komponenten, die bedeutsam für die Lebensbedingungen und die Entwicklungschancen in dünn besiedelten ländlichen Regionen sind:

- der weitere Rückgang der Schülerzahlen, insbesondere der Grundschüler,
- der Anstieg der Hochaltrigen in Verbindung mit dem Ausdünnen der sozialen Netze vor Ort und dem Rückgang des informellen Pflegepersonals aus Familie und Nachbarschaft sowie
- der Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter.

Alle drei Komponenten sind generell in Ostdeutschland und in ländlichen Regionen ausgeprägter. Sie können sich zwischen den ländlichen Regionen und innerhalb von Regionen deutlich unterscheiden. Dies zeigt ein Blick auf die 21 ländlichen Regionen des „Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge“ (ArD), das als Modellprojekt der Raumordnung von 2012 bis 2015 stattgefunden hat ([www.regionale-daseinsvorsorge.de](http://www.regionale-daseinsvorsorge.de); BMVI, 2015). In allen ArD-Regionen ist die Verschiebung der Altersstruktur von 2010 bis zum Ende des Prognosezeitraums 2030 deutlich und prägend (Schwarze/Spiekermann, 2014). Der Anteil der unter 20-Jährigen geht im Durchschnitt aller Regionen um 18 Prozent, jener der 20- bis 65-Jährigen um ein Viertel zurück. Den höchsten Rückgang gibt es mit 30 Prozent bei den Kindern und Jugendlichen. Die Zahl der Erwerbspersonen verringert sich in einigen Regionen sogar um mehr als 40 Prozent. Dieselben Regionen erwarten auf der anderen Seite einen Zuwachs der über 65-Jährigen von 60 Prozent. Hier öffnet sich die demografische Schere besonders stark. Im Mittel aller Regionen nimmt der Anteil der über 65-Jährigen um 28 Prozent zu. War im Durchschnitt aller Modellregionen im Ausgangsjahr 2010 lediglich jede fünfte Person über 65 Jahre alt, wird dies im Jahr 2030 bereits jede dritte sein.

Bevölkerungsrückgänge werden für alle 21 Modellregionen prognostiziert. In einigen der westdeutschen Modellregionen liegen sie zwischen 2 und 5 Prozent. Dagegen verlieren ostdeutsche Regionen, die bereits in der Vergangenheit viele Einwohner verloren haben, noch einmal rund 20 Prozent ihrer Bevölkerung.

Die Prognosen beruhen auf dem Basisjahr 2010. Auch wenn die Auswirkungen der Zuwanderung nach Deutschland in den Jahren 2015 und 2016 noch nicht berücksichtigt sind, zeigt sich ein klarer Trend: Einerseits entwickeln sich bestimmte ländliche Regionen und Verdichtungsräume demografisch auseinander. Andererseits gibt es weiterhin Unterschiede zwischen West und Ost, weniger aufgrund demografischer Trends der jüngeren Vergangenheit – diese sind eher ähnlich – als vielmehr aufgrund der starken Bevölkerungsverluste Ostdeutschlands in den 1990er Jahren. Für die ländlichen Regionen generell scheint das Ausdünnen der jüngeren Jahrgänge und der Erwerbsfähigen aufgrund des sogenannten Braindrains und zu geringer Rück- und Zuwanderung in der Familien Gründungs- und Berufseinstiegsphase existenziell zu sein.

### 3 Gehen, Kommen, Bleiben – Wanderungsverhalten und Wanderungsmotive

Deutlich wird damit, welche Relevanz das Wanderungsverhalten der Menschen und ihre Antwort auf die Frage „Wo will ich wohnen und arbeiten?“ auf die demografische Entwicklung und damit letztlich auf die Daseinsvorsorge (Ausdünnung, Auslastung, Anpassungsbedarf) und das Funktionieren der Wirtschaft (Erwerbspersonen, Fachkräftemangel) haben. Die aktuellen Analysen des Wanderungsverhaltens innerhalb Deutschlands zeigen, dass seit dem Jahr 2011 die Wanderungen über die Gemeindegrenzen zugenommen haben. Dabei ist die Mobilität der Menschen in ländlichen Räumen nicht grundsätzlich höher als in Städten. Die Mobilitätsraten in Ost und West haben sich angeglichen. Auch die Wanderungsbilanz ist weitgehend ausgeglichen (Milbert/Sturm, 2016). Im Einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

- **Auszubildende, Studierende und Berufseinsteiger** (18- bis unter 30-Jährige) sind besonders mobil. Sie machen den überwiegenden Anteil der gesamten Wanderungen in Deutschland aus. Je höher die Bildung der jungen Menschen, desto höher ist deren Bereitschaft umzuziehen. Dominant ist vor allem die Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen. In keiner Lebensphase vorher oder nachher finden annähernd so viele Wohnsitzverlagerungen statt. Rund jede achte Person in diesem Alter verlässt die dünn besiedelten ländlichen Gegenden (Milbert/Sturm, 2016).
- **Der Zuzug vor allem junger Erwachsener in die Großstädte** hat seit Beginn der 1990er Jahre stetig zugenommen, so wie die Abwanderung der 18- bis unter 25-Jährigen aus dem ländlichen Raum gestiegen ist. Ähnliches gilt für Berufsanfänger und junge Familien. Auch sie sind vermehrt in die Städte gezogen. Dies bedeutet aber auch, dass die in jungen Jahren Abgewanderten nur im geringen Maß in ihre Heimatgegend zurückgekehrt sind (Milbert/Sturm, 2016).
- **In Ostdeutschland** ist der Umzug junger Menschen in die großen Städte ausgeprägter als im Westen. Sie bleiben jedoch seit der Jahrtausendwende eher im Osten und ziehen aus den ländlichen Gebieten in Großstädte wie Leipzig und Dresden (Milbert/Sturm, 2016).
- Seit 2013 lässt sich eine **Trendumkehr hin zu Sub- und Deurbanisierung** feststellen. Ländliche Kreise haben wieder mehr inländische Zuzüge, dünn besiedelte ländliche Kreise sogar am meisten. Dabei bleibt das biografische Profil der Wanderungen gleich: Junge Menschen ziehen weiterhin zum Studieren in die größeren Städte, Familien und Ältere ziehen dagegen wieder häufiger aufs Land auf der Suche nach einem größeren, familiengerechten und bezahlbaren Wohnraum. Davon profitieren das ländliche Umland, aber vor allem die dünn besiedelten Kreise, die einen starken Bevölkerungszuwachs verzeichnen (Busch, 2016).

Reurbanisierung, Deurbanisierung und Suburbanisierung sind somit zeitgleich verlaufende Prozesse (Münter/Osterhage, 2018). Die Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen aus dem ländlichen Raum in die Großstädte bleibt eine Konstante der Entwicklung, ebenso wie die Zuwanderung von Älteren in den ländlichen Raum. In einigen ländlichen Regionen wird sich die Überalterung der Bevölkerung durch die Zuwanderung eher noch verstärken. Andere Gegenden können nur sehr bedingt von einer Deurbanisierung profitieren.

Ländliche Regionen sind dann Zuwanderungsregionen, wenn sie strukturstark mit eindeutiger Dienstleistungs- und Produktionsorientierung sind oder im Einzugsbereich starker Zentren liegen. Strukturschwache Regionen und Regionen ohne wirtschaftliche Spezialisierung sind über die Konjunkturzyklen hinaus Abwanderungsregionen (Milbert/Sturm, 2016). Busch (2016) konstatiert in diesem Zusammenhang „eine breite Schneise“ durch die Mitte Deutschlands, von Ostdeutschland bis in Teile von Baden-Württemberg, die einen deutlichen negativen Fernwanderungssaldo aufweisen. Aus seiner Sicht deutet dies auf wirtschaftliche Strukturschwäche und mangelnde Attraktivität dieser Regionen hin. Münter/Osterhage (2018) sprechen diesbezüglich von einem schleichenden Entleerungsprozess dünn besiedelter ländlicher Räume.

Schaut man sich die Gründe für das Gehen, Kommen und Bleiben im ländlichen Raum an, fallen zunächst die Ausbildungsmotive auf. Der deutlich gestiegene Anteil an Schülern mit Hochschulreife sowie die geringere Bindungskraft tradierter Institutionen (Familie, Eigentum, Berufstradition) schlagen sich in der Wanderungsbilanz nieder (Siedentop et al., 2014). Darüber hinaus weisen Untersuchungen und Analysen darauf hin, dass die Menschen nicht zwingend wegen der Bedingungen auf dem lokalen oder regionalen Arbeitsmarkt aus dem ländlichen Raum abwandern. Es lässt sich kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen den Wanderungen von Berufseinsteigern und dem Anteil Hochqualifizierter oder der Arbeitslosenquote feststellen. Fehlende Arbeitsplätze im direkten Wohnumfeld werden eher über Pendeln ausgeglichen (Milbert/Sturm, 2016). Auch gibt es kaum Hinweise, dass die Ausstattung oder die Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge ein starkes Motiv für die Abwanderung aus ländlichen Regionen ist. Selbst das Fehlen einer Schule im näheren Wohnumfeld ist für Familien kein entscheidendes Abwanderungsmotiv (Siedentop et al., 2014).

Befragungen deuten eher darauf hin, dass Bewohner in ländlichen Abwanderungsgebieten sehr zufrieden mit ihrer Lebenssituation sind und Abwanderungswillige oft keine besondere Unzufriedenheit mit dem Leben auf dem Land erkennen lassen (Beetz, 2016). Auch ist es nicht immer eindeutig, dass sich die regionale Daseinsvorsorge tatsächlich verschlechtert hat (Küpper/Steinführer, 2015). Rein materielle Komponenten der Lebensqualität scheinen für die Lebenszufriedenheit im ländlichen Raum eine untergeordnete Rolle zu spielen. Eher geht es den Menschen um soziale und naturräumliche Dimensionen, Wohneigentum sowie eine starke emotionale Bindung an ihren Wohnort (Oedl-Wieser et al., 2018; Siedentop et al., 2014). Offen bleibt letztlich, ob Problemzuweisungen

wie „Entleerungsräume“ und „abgehängte Regionen“ tatsächlich der Realität und dem Lebensgefühl der dort Lebenden entsprechen und inwieweit raumbildende Diskurse kritische Entwicklungen forcieren (Beetz, 2016).

## 4 Räumliche Uneindeutigkeiten

Am Ende wird das Bild klarer und unübersichtlicher zugleich. Von einer allgemeinen Landflucht kann sicherlich nicht die Rede sein (Beetz, 2016). Die Wanderungsbewegungen innerhalb des ländlichen Raums belegen seine anhaltende Attraktivität. Eher zeigen sich innerregionale Unterschiede. So gab und gibt es zum Beispiel in allen Modellregionen des „Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge“ Gemeinden und Orte, die mehr oder weniger von Schrumpfung und Alterung betroffen sind; in einigen gab es im Berichtszeitraum 2012 bis 2015 auch wachsende Teilregionen. Die Spannweite ist zum Teil enorm: Kleine Landgemeinden und Ortsteile abseits der ländlichen Versorgungszentren sind stärker von Alterung, Bevölkerungsverlusten und Alterung betroffen. Rück- und Zuwanderungen haben häufig die Mittelzentren mit einer ausreichenden Urbanität und Angebotsvielfalt zum Ziel (Siedentop et al., 2014). Hinzu kommen verstärkt Zuwanderungen aus den Dörfern in die Versorgungszentren. Diese kleinräumige Reurbanisierung der Mittelstädte und größeren Kleinstädte in ländlichen Regionen lässt sich auch statistisch nachweisen (Münter/Osterhage, 2018). Andererseits ist für viele weiterhin das ländliche Wohnen auf den Dörfern attraktiver als die bauliche Enge der Stadt. Bei aller Unübersichtlichkeit ist zu vermuten, dass sich diese innerregionalen Differenzen und Kontraktionsprozesse in den nächsten Jahren eher noch verschärfen werden und das eigentliche Problem bei der Versorgung und Anbindung dieser inneren Peripherien liegt, die zunehmend überaltern.

Eine Konstante bleibt jedoch die Abwanderung junger Menschen aus den peripheren ländlichen Räumen zur Ausbildung und zum Studium in Verbindung mit zu wenigen Rück- und Zuwanderungen nach der Ausbildung. Letztlich liegen die Gründe hierfür in der unterdurchschnittlichen Ausstattung mit akademischen Bildungsstätten und der mangelnden Vielfalt an hochqualifizierten Arbeitsplätzen. Es sind wesensimmanente Eigenschaften ländlicher Räume, die sich durch Strukturpolitik nicht oder nur bedingt überwinden lassen (Siedentop et al., 2014).

Nichts zu tun wäre aber fahrlässig und politisch nicht vertretbar. Schrumpfung und Ungleichheiten sind nicht zwangsläufig und eigengesetzlich, wie die kleinräumige Vielfalt und das viel zitierte Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung zeigen. Es geht vielmehr um Gestaltung und Steuerung gesellschaftlicher Prozesse und den gesellschaftlichen Willen dazu. Aus den Analysen der demografischen Situation und der Wanderungsbewegungen lassen sich dann auch drei klare Zielrichtungen für politisches Handeln erkennen, die auf Daseinsvorsorge und Lebensqualität zielen:

- die Sicherung guter Rahmenbedingungen und Lebensqualität für die Bleibenden, insbesondere für ein gutes, selbstbestimmtes Leben im Alter (differenzierte Wohnangebote, Pflege, Gesundheit, Mobilität),
- attraktive Lebensbedingungen für den Zuzug, insbesondere für Familien mit Kindern (Bildung, Kinderbetreuung, Vereinbarung von Familie und Beruf), sowie
- die Anbindung an Hochschulangebote und Hochschulwissen in Verbindung mit einer Diversifizierung der Wissens- und Dienstleistungsökonomie.

Ohne Frage spielen die regionale Wirtschaftsstruktur, der Arbeitsmarkt und die Lohn- und Verdienststruktur weiterhin eine wichtige Rolle. Klassische, allein arbeitsmarktorientierte Regionalpolitik greift allerdings deutlich zu kurz und wird weiterhin ins Leere laufen, allein schon wegen des zunehmenden Mangels an Arbeitskräften. Dagegen rücken die Erreichbarkeit und Qualität von Angeboten der Daseinsvorsorge und das weite Feld der Lebensqualität in den Blick. Sie werden zu den neuen harten Standortfaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Regionen.

## 5 Vielfalt und Komplexität in der Daseinsvorsorge

Damit kehren wir zurück zur Frage nach dem Verständnis und der Gestaltbarkeit von Daseinsvorsorge. Wie diskutiert, spielen Bildungsangebote, Gesundheitsversorgung, Pflege und Betreuung sowie Mobilität eine zentrale Rolle für die Lebensqualität des Einzelnen und die Attraktivität einer Region. Sicherlich bilden gute, zentrale Angebote in staatlicher Verantwortung wie Schulen, Krankenhäuser oder der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) das Grundgerüst der Versorgung. Der Blick auf die für den ländlichen Raum wichtigen Hochschulen zeigt jedoch, dass die Erbringung von Lehre und Forschung allein nicht ausreicht, um regional zu wirken. Erst die Vernetzung in Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft der Region, ein intelligenter wechselseitiger Wissenstransfer und partnerschaftliche Weiterbildungsangebote können zu den gewünschten Effekten führen. Diese „Third Mission“ der Hochschulen ist eine Erweiterung des Daseinsvorsorgeauftrags über Forschung und Lehre hinaus (vgl. die Bund-Länder-Initiative [www.innovative-hochschule.de](http://www.innovative-hochschule.de)). Auch in anderen Feldern der Daseinsvorsorge lässt sich Ähnliches beobachten: Die Aufgaben erweitern sich, die Konturen verwischen sich, die Rollenbilder vermischen sich.

Dem entspricht nicht das klare Rollenverständnis, das unser Bild von Daseinsvorsorge traditionell prägt: Der Staat trägt Verantwortung und erbringt die Leistung, die Bürger sind Leistungsempfänger. Tatsächlich jedoch sind der Staat einschließlich der Kommunen nur in Teilen und Teilbereichen Leistungserbringer. In vielen Bereichen der techni-

schen Infrastruktur handeln sie vielmehr im Sinne eines Gewährleistungsstaates, indem sie die von Dritten erbrachten Leistungen im Sinne des Gemeinwohls sichern oder regulieren (vgl. Kapitel 15). In einer weiteren Rolle motiviert oder aktiviert der Staat die Eigeninitiative der Bürger und fördert dieses Engagement (zum Beispiel bei Bürgerbussen, Dorfläden, Kulturzentren oder Jugendclubs). Sorgender, gewährleistender, motivierender, aktivierender oder auch zulassender Staat sind somit keine Substitute, sondern wirken zeitgleich und nebeneinander. Dies bedeutet dann auch, dass es eine Vielfalt von Leistungserbringern gibt und dass Versorgungsketten, Versorgungsnetze und Schnittstellenmanagement im Raum an Bedeutung gewinnen. Öffentliche Daseinsvorsorge wird so zu einer Koordinierungs- und Managementaufgabe von Handlungsbereichen in öffentlicher Verantwortung.

Nicht nur eine starre Trennung in Leistungsempfänger und Leistungserbringer erscheint für ein differenziertes Verständnis von Daseinsvorsorge unpassend; auch eine Fokussierung auf die Leistungen ist nicht geeignet, um die eigentlichen Ziele der Daseinsvorsorge zu erreichen. Straßen, Versorgungsleitungen, Schulen, Ärzte, Theater- oder Konzerthäuser sind immer nur Mittel zum Zweck und nicht der Zweck an sich. Es sollte für den Staat letztlich darum gehen, jedes Mitglied und jede soziale Gruppe der Gesellschaft zum guten Leben und Handeln zu befähigen und ihnen gleiche Chancen zu bieten, am Leben der Gemeinschaft teilzunehmen. Die Befähigung ist aber nicht nur Aufgabe des Staates. Jeder trägt soziale Verantwortung und kann dazu beitragen, andere zu befähigen (vgl. zum Befähigungsansatz oder Capability Approach Rübke, 2012; Sen, 2010; Nussbaum/Sen, 1993; Nussbaum, 1999).

Dieses erweiterte Verständnis von Daseinsvorsorge wurde im Rahmen der Sachverständigenkommissionen für den Siebten Altenbericht (Deutscher Bundestag, 2016) und den Zweiten Engagementbericht entwickelt (BMFSFJ, 2016). Daseinsvorsorge, eingeordnet in das Modell des Befähigungsansatzes, wäre dann (1) ein Bündel an Gütern, Dienstleistungen und Institutionen von öffentlichem Interesse, das (2) die Mitglieder einer Gesellschaft in die Lage versetzen soll, ein gutes Leben eigenständig und selbstbestimmt zu führen, (3) an der sozialen Gemeinschaft teilzuhaben und die Möglichkeit zur sozialen und politischen Partizipation zu haben. Dabei müssen (4) soziale Differenzen berücksichtigt werden. Daraus leiten sich sechs Punkte für ein erweitertes Verständnis von Daseinsvorsorge ab:

- **Stärkung der Person.** Daseinsvorsorge wird nicht auf die Bereitstellung von bestimmten öffentlichen Gütern und Dienstleistungen reduziert, die die regionale Wettbewerbsfähigkeit und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse garantieren. In den Mittelpunkt rücken vielmehr die Stärkung und Befähigung der Menschen mit ihrer Eigenständigkeit, ihren Fähigkeiten und ihrer Unterschiedlichkeit, aber auch mit ihrer Verantwortung gegenüber anderen.
- **Ausrichtung auf Wirkungen und Ziele.** Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sind Mittel zum Zweck und nicht Selbstzweck. Sie haben eine Zielrichtung,

müssen Wirkungen entfalten und sind von diesen ausgehend zu denken. Die Stoßrichtung muss sein: Was muss gemacht werden, damit die Menschen ein gesundes und gelingendes Leben führen können? Wie kann Bildung in ländlichen Regionen organisiert werden? Wie kann ein eigenständiges, langes Leben in der eigenen Wohnung ermöglicht werden? Diese Ausrichtung auf Wirkungen und Ziele ermöglicht mehr Offenheit, Flexibilität und die Option, Daseinsvorsorge in vielen Bereichen neu zu denken.

- **Vielfalt und Differenzierung.** Eine individuell angepasste und wirkungsorientierte Daseinsvorsorge macht es möglich, besser auf Vielfalt und Unterschiede in Raum und Gesellschaft einzugehen und eine ausdifferenzierte Daseinsvorsorge für individuelle Lebenssituationen zu bieten. Vielfalt findet sich ebenso in den Lösungen, Instrumenten und Wegen, in den Akteurs- und Trägerkonstellationen, in den Institutionen oder in den Engagementstrukturen.
- **Daseinsvorsorge als Ganzes.** Für den Gedanken der Befähigung greift es zu kurz, die Bereiche und Sektoren der Daseinsvorsorge isoliert voneinander zu betrachten. Sicherlich haben zum Beispiel für das Leben im Alter die gesundheitliche Versorgung und die Pflege eine herausragende Bedeutung. Aber schon hier zeigen sich Bedingtheit und Wechselwirkungen. So schafft erst das Zusammenspiel von Wohnung, Wohnumfeld, Pflege und Gesundheitsversorgung, Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen, der Teilhabe an der Gesellschaft und einem sorgenden Umfeld die Möglichkeiten, ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben auch bei körperlichen und gesundheitlichen Einschränkungen zu führen. Dieses Zusammenspiel der Angebote, Güter und Dienste einzelner Bereiche der Daseinsvorsorge muss sich dort entfalten und wirken, wo sich der größte Teil des Lebens abspielt: in den Wohnquartieren, Städten und Dörfern.
- **Raumbezug und Regionalisierung.** Es reicht nicht aus, sich auf die infrastrukturellen Rahmenbedingungen vor Ort zu beschränken, wenn es um die Bewertung und Gestaltung der Daseinsvorsorge geht. Die Wirkungen von Gesundheitsversorgung, Pflege, kulturellen und Bildungsangeboten ergeben sich in der Regel aus einem Zusammenspiel vieler Angebote im Raum. In der Gesundheitsversorgung finden sich beispielsweise das Krankenhaus im Mittelzentrum, das Gesundheitszentrum in der benachbarten Kleinstadt, die gesundheitliche Pflege vor Ort und Präventionsmaßnahmen im direkten Lebensumfeld.
- **Koproduktion von Daseinsvorsorge.** Freie Wohlfahrtsverbände, Genossenschaften, Vereine, aber auch Familien, Nachbarschaften und soziale Netze sind wichtige Bestandteile eines historisch gewachsenen Wohlfahrtsmix, in dem Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenwirken. Angebote der Daseinsvorsorge, die ehrenamtlich von der Bürgerschaft organisiert werden, haben eine lange Tradition. Viele Vereine erfüllen Aufgaben mit Bezug zur Daseinsvorsorge. Häufig werden Bereiche der sozia-

len Daseinsvorsorge, wie Dorfläden, Mobilitäts-, Seniorenberatungs- und Betreuungsdienste, durch die Bürger vor Ort organisiert.

Damit treten neben die räumliche Vielfalt und Uneindeutigkeit eine Unschärfe der Daseinsvorsorge und eine Unübersichtlichkeit bei der Erbringung. Das anschließende Kapitel 4.6 beantwortet die Frage, wer die Verantwortung übernimmt, das Akteursgeflecht entwirrt und (wieder) sinnvoll vernetzt.

## **6 Kommunale Verantwortung, Ermöglichung und Differenzierung**

Die grundsätzliche Verantwortung für die Ausgestaltung und Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge liegt bei den staatlichen Institutionen. Sie haben allerdings die Möglichkeit, autonom und im Rahmen der Gesetze konkrete Aufgaben auf andere Träger zu übertragen. Leistungen und Dienste der Daseinsvorsorge wie die Kommunikationsinfrastruktur, die Gesundheitsversorgung, die Kinderbetreuung, die Schulbildung, die Pflege, der ÖPNV oder die Müllentsorgung entfalten ihre Wirkung erst in der direkten Lebenswelt der Bürger. Vieles läuft daher auf die Städte, Gemeinden und Landkreise hinaus. Vor Ort kann am besten entschieden werden, welche Verpflichtungen im Interesse der Bürger sind und wie diese ausgestaltet werden müssen. Ebenso können die gewünschte Wirkungsorientierung und die Berücksichtigung von Vielfalt und Differenzen am ehesten in den Quartieren und Dörfern erreicht werden.

Die Kommune muss daher neben der direkten Leistungserbringung und der Gewährleistung von Daseinsvorsorge zunehmend auch Koordinierungs- und Managementaufgaben wahrnehmen. Sie kann und muss beispielsweise die Verantwortung dafür übernehmen, dass die öffentlich organisierte und die von privatem Engagement getragene Mobilität zusammen funktionieren oder arbeitsteilige Pflege- und Sorgearrangements in den Quartieren und Dörfern entstehen. Die Kommune ist aufgrund ihrer Stellung im Staatsaufbau und ihrer Selbstverwaltungskompetenz die Institution, die vernetzen, verknüpfen, unterstützen und gegebenenfalls auch mobilisieren kann und muss.

Diese Wiederentdeckung der kommunalen Verantwortung kommt auch in einer Vielzahl von bundesweiten Wettbewerben zum Ausdruck, wie in den Wettbewerben „Lernen vor Ort“, „Gesundheitsregionen der Zukunft“ und „Kommunen Innovativ“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, in den Modellvorhaben zur Daseinsvorsorge des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI, 2019a; 2019b) und im Modellvorhaben „Land(auf)Schwung“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Sie spiegelt sich aber noch nicht in einer dauerhaften Befähigung der Kommunen durch Bund und Länder über eine Verbesserung der Kommunalfinanzen und eine strategische Begleitung und Orientierung wider.

Einerseits ist es, wie gesagt, Aufgabe der Kommune, Koproduktion der Daseinsvorsorge zu ermöglichen. Andererseits benötigt sie Orientierung, Arbeitsteilung und integrierte Strategien, um die Vielfalt sortieren, Schwerpunkte setzen und differenziert handeln zu können. In einem ersten Schritt lassen sich dafür zwei grundsätzliche Handlungsebenen unterscheiden:

- eine **regionale Daseinsvorsorge** oder **Daseinsvorsorgeplanung**, die raumrelevante Daten analysiert, integrierte Strategien entwickelt, regional wirksame Bereiche der Daseinsvorsorge in den Blick nimmt, eine flächendeckende Versorgung mit guten Erreichbarkeiten einschließlich Mobilitätsnetz sichert und regionale Versorgungsnetze knüpft. Hierfür bieten sich die Landkreise als kommunale Querschnittsebene an. Verantwortung können aber auch regionale Planungsverbände oder interkommunale Zusammenschlüsse übernehmen (BMVI, 2019a; 2019b);
- eine **örtliche Daseinsvorsorge**, die relevante Angebote, Einrichtungen und Netzwerke in den Städten, Gemeinden, Quartieren und Ortsteilen sichert, gestaltet und ermöglicht. Sie wirkt direkt in die Lebenswelten der Menschen hinein. Mehr als auf der regionalen Ebene ist in den Dörfern und Quartieren die Stärkung eigenorganisierter Daseinsvorsorgeformen (Bürgerbus, Kulturangebote, Hilfevereine etc.) und deren Vernetzung mit professionellen Angeboten der Daseinsvorsorge kommunale Aufgabe. Am Ende geht es um eine gute Stadt-, Quartiers- und Dorfentwicklung im Sinne von solidarischen Gemeinschaften (Deutscher Bundestag, 2016) oder kooperativer Stadt- und Dorfentwicklung (Selle, 2017).

In einem zweiten Schritt der Arbeitsteilung bietet sich eine Orientierung am Prinzip der zentralörtlichen Gliederung an. Die Gemeinden wirken mit ihren Möglichkeiten und eigenen lebensweltlichen Qualitäten im Raum zusammen und bilden ein eigenes regionales Netzwerk örtlicher Daseinsvorsorge. Dahinter steht der Gedanke, dass regionale Vielfalt und kleinräumige Differenzen sich in differenziertem Handeln niederschlagen müssen.

Die Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und damit auch die Umsetzungsmöglichkeiten sind je nach Raum und Ort unterschiedlich. In den größeren Zentren konzentrieren sich Infrastruktur, Kultur und professionelle Dienstleister. Je kleiner und abgelegener der Ort, desto nötiger ist dagegen sozialer Zusammenhalt, Selbstorganisation und gegenseitige Hilfe. Das führt letztlich zu einer differenzierten Strategie lokaler Daseinsvorsorge im Sinne eines Kontinuums

- von der Stärkung professioneller und spezialisierter Angebote, Einrichtungen und Netzwerke in den Mittel- und Oberzentren
- über die Sicherung der Nah-, Bildungs- und Gesundheitsversorgung sowie die Vernetzung von Professionalität und Ehrenamt in den Grundzentren und ländlichen Versorgungskernen

- bis hin zur Förderung von sozialem Zusammenhalt, Selbstverantwortung und -organisation sowie zur gegenseitigen Unterstützung in den Dörfern und kleineren Gemeinden (Dehne et al., 2013).

## 7 Perspektivenwechsel in der Regionalpolitik

Auch wenn auf den ersten Blick die Zufriedenheit, das Wanderungsverhalten und die Wanderungsmotive im ländlichen Raum die Bedeutung von Daseinsvorsorge für die Entwicklung ländlicher Räume relativieren, tritt bei genauer Betrachtung die Wichtigkeit einer guten Daseinsvorsorge in Verbindung mit einer hohen Lebensqualität deutlich zutage. Entscheidend für periphere ländliche Räume scheinen – auch angesichts der demografischen Lücke im erwerbsfähigen Alter – gute Rahmenbedingungen für den Zuzug von Berufseinsteigern, jungen Fachkräften und jungen Familien zu sein sowie die Möglichkeit, dort im Alter ein gutes, selbstbestimmtes Leben zu führen. Für beides braucht man Daseinsvorsorge im hier skizzierten erweiterten Verständnis. Es ist daher berechtigt zu sagen, dass die Gestaltung der Daseinsvorsorge existenziell für ländliche Regionen ist. Für die Regionalentwicklung bedeutet das einen mehrfachen Perspektivenwechsel:

- **eine veränderte Ausrichtung** – weg von der ausschließlichen Fokussierung auf die Schaffung von Arbeitsplätzen hin zu den Lebensbedingungen der Menschen;
- **gute Lebensbedingungen** für das Leben im Alter und attraktive Lebensbedingungen für den Zuzug als zentrale Ziele der Regionalpolitik;
- **Befähigung des Einzelnen und Ermöglichung von Experimenten und Innovationen** als strategische Grundsätze, um neue beziehungsweise angepasste Lösungen des Wirtschaftens und der Versorgung zu schaffen (Müller et al., 2015);
- **differenzierte Strategien** für die räumliche und soziale Vielfalt, die nur regional festgelegt und ausgestaltet werden können.

Regionalentwicklung kann nicht verordnet werden, sondern wird zu großen Teilen von den örtlichen und regionalen Akteuren gestaltet. Wenn es tatsächlich so ist, dass Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze, Daseinsvorsorge, Lebensqualität und eine gute Umwelt so eng zusammenwirken und auf Wohn- und Standortentscheidungen Einfluss nehmen, und wenn wir den Grundgedanken der differenzierten Befähigung ernst nehmen, brauchen wir mehr denn je eine integrierte und koordinierte Regionalpolitik über die Fachressorts hinaus.

## Zusammenfassung

- Daseinsvorsorge gilt als eine wichtige Grundlage für gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland. Der Begriff ist jedoch unscharf und vieldeutig.
- In dünn besiedelten ländlichen Regionen sind die Alterung der Bevölkerung und der Rückgang der Erwerbspersonen die zentralen Herausforderungen für die Daseinsvorsorge.
- Auch wenn es eine Vielfalt und Unübersichtlichkeit von Wanderungsbewegungen und -motiven gibt, bleibt die Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen aus ländlichen Räumen konstant und die Rück- und Zuwanderung ein zentrales Ziel.
- Besonders betroffen sind kleine Landgemeinden und Ortsteile abseits der Versorgungszentren. Sie überaltern zunehmend. Mit dem Verlust der Mobilität droht ihren Bewohnern, den Anschluss an die regionale Daseinsvorsorge und die Gesellschaft zu verlieren.
- Regionale und soziale Vielfalt erfordern ein erweitertes Verständnis von Daseinsvorsorge: wirkungsorientiert, auf die Stärkung und Befähigung des Einzelnen ausgerichtet, im Raum vernetzt und in Koproduktion erbracht.
- Aufgabe der Kommunen ist es – neben Leistungserbringung und Gewährleistung – Handlungsfelder und Akteure der Daseinsvorsorge zu vernetzen, zu unterstützen und zu mobilisieren. Dafür benötigen sie differenzierte Strategien und müssen dazu befähigt werden.
- Die Regionalpolitik kann dies leisten, wenn sie fachressortübergreifend koordiniert und stärker auf die Lebensbedingungen der Menschen ausgerichtet ist.

## Literatur

- Ambrosius, Gerold, 2008, Konzeptionen öffentlicher Dienstleistungen in Europa, in: WSI-Mitteilungen, 61. Jg., Nr. 10, S. 527–533
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2012, Raumordnungsbericht 2011, Bonn
- BBSR, 2015, Die Raumordnungsprognose 2035 nach dem Zensus, BBSR-Analysen KOMPAKT, Nr. 5/2015, Bonn
- BBSR, 2017, Raumordnungsbericht 2017. Daseinsvorsorge sichern, Bonn
- Beetz, Stephan, 2016, Der Landfluchtdiskurs. Zum Umgang mit räumlichen Uneindeutigkeiten, in: Informationen zur Raumentwicklung, Nr. 2/2016, S. 109–120
- BIB – Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 2018, Durchschnittsalter am 31.12.2016 in den kreisfreien Städten und Landkreisen, <https://www.bib.bund.de/Permalink.html?id=10214222> [27.1.2019]
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2016, Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Schwerpunktthema: Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement. Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung, Berlin
- BMVI – Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, 2015, Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge, Projektassistenz Umsetzungsphase, BMVI-Online-Publikation, Nr. 4/2015, Bonn
- BMVI, 2019a, Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge, <http://www.regionale-daseinsvorsorge.de> [12.2.2019]
- BMVI, 2019b, Modellvorhaben „Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität in ländlichen Räumen“, <http://www.modellvorhaben-versorgung-mobilitaet.de/> [12.2.2019]
- Busch, Roland, 2016, Inländische Wanderungen in Deutschland – wer gewinnt und wer verliert?, in: Zeitschrift für Immobilienökonomie, Nr. 2/2016, S. 81–101
- Dehne, Peter / Hiller, Heidrun / Hollang, Ralf, 2013, Grundlagenexpertise „Wohnen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“. Teil A: Auswirkungen der demografischen, siedlungs- und infrastrukturellen Veränderungen, Kommissionsdrucksache 6/25 der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
- Deutscher Bundestag, 2016, Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften und Stellungnahme der Bundesregierung, BT-Drucksache 18/10210, Berlin
- Einig, Klaus, 2008, Regulierung der Daseinsvorsorge als Aufgabe der Raumordnung im Gewährleistungsstaat, in: Informationen zur Raumentwicklung, Nr. 1–2/2008, S. 17–40
- Köhler, Horst, 2004, Jeder ist gefordert, Interview mit dem Focus, 13. September 2004, [http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Interviews/2004/20040913\\_Rede.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Interviews/2004/20040913_Rede.html) [11.2.2019]

- Koppers, Lothar / Miosga, Manfred / Sträter, Detlev / Höcht, Volker, 2018, Räumliche Gerechtigkeit – Konzept zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern. Eine Studie im Auftrag des Bayerischen Landtags im Rahmen der Enquete-Kommission zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen, Bayreuth
- Küpfer, Patrick / Steinführer, Annett, 2015, Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen zwischen Ausdünnung und Erweiterung. Ein Beitrag zur Peripherisierungsdebatte, in: Europa Regional, Nr. 23, 2015 (2017), 4, S. 44–60
- Milbert, Antonia / Sturm, Gabriele, 2016, Binnenwanderungen in Deutschland zwischen 1975 und 2013, in: Informationen zur Raumentwicklung, Nr. 2/2016, S. 121–144
- Müller, Felix C. / Brinks, Verena / Ibert, Oliver / Schmidt, Suntje, 2015, Open Region: Leitbild für eine regionale Innovationspolitik der Schaffung und Nutzung von Gelegenheiten, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Working Paper, Nr. 53, Erkner
- Münter, Angelika / Osterhage, Frank, 2018, Trend Reurbanisierung? Analyse der Binnenwanderungen in Deutschland 2006 bis 2015, Bielefeld
- Nussbaum, Martha C., 1999, Gerechtigkeit oder das gute Leben, Frankfurt am Main
- Nussbaum, Martha C. / Sen, Amartya K., 1993, The Quality of Life, Oxford
- Oedl-Wieser, Theresia / Fischer, Michael / Dax, Thomas, 2018, Bevölkerungsrückgang in ländlichen Regionen Österreichs: Lebensphasen- und geschlechterspezifische Wanderungsbewegungen vor dem Hintergrund von Motiven und Lebensqualität, in: Austrian Journal of Agricultural Economics and Rural Studies, 27. Jg., Nr. 19, 151–159
- Röbke, Thomas, 2012, Bürgerschaftliches Engagement und sozialstaatliche Daseinsvorsorge. Bemerkungen zu einer verwickelten Beziehung, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), betrifft: Bürgergesellschaft, Nr. 38, <http://library.fes.de/pdf-files/do/08956.pdf> [12.2.2019]
- Schwarze, Björn / Spiekermann, Klaus, 2014, Kleinräumige Bevölkerungsvorausschätzung und Erreichbarkeitsmodellierung im Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge. Abschlussergebnisse der Begleitforschung Zentrale Datendienste, Dortmund
- Selle, Klaus, 2017, Kommunikative Interdependenzgestaltung in Prozessen der Stadtentwicklung. Eine Geschichte der Entdeckungen, PT\_Materialien, Nr. 38, Aachen
- Sen, Amartya K., 2010, Die Idee der Gerechtigkeit, München
- Siedentop, Stefan / Junesch, Richard / Klein, Maria, 2014, Wanderungsmotive im ländlichen Raum, Forschungsvorhaben im Auftrag des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg, Stuttgart

IW-Studien – Schriften zur Wirtschaftspolitik  
aus dem Institut der deutschen Wirtschaft

# Die Zukunft der Regionen in Deutschland

## Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit

Michael Hüther / Jens Südekum / Michael Voigtländer (Hrsg.)

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://www.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-602-15005-2 (Druckausgabe)

ISBN 978-3-602-45621-5 (E-Book|PDF)

Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Grafik: Dorothe Harren

© 2019 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Postfach 10 18 63, 50458 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-452

Fax: 0221 4981-445

[iwmedien@iwkoeln.de](mailto:iwmedien@iwkoeln.de)

[www.iwmedien.de](http://www.iwmedien.de)

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

